

## **Stellungnahme der GPJE zur Neueinführung des Unterrichtsfachs „Wirtschaft/Politik“ und der geänderten Lehramtszugangsverordnung in Nordrhein-Westfalen**

Im Regierungsprogramm der nordrhein-westfälischen CDU wird ausgeführt: „Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulformen verstärkt über unseren Staatsaufbau, die Grundwerte und Rechte in unserer Demokratie aufgeklärt wird. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Grundwerte leben“ (Regierungsprogramm der CDU 2017, S. 54). Diese programmatische Ausrichtung ist angesichts der aktuellen Herausforderungen für unsere freiheitliche Demokratie nicht nur sehr begrüßenswert, sondern auch dringend gefordert. Während andere Bundesländer erkennen, dass in Zeiten eines sich verbreitenden und verfestigenden Populismus und Extremismus die politische Bildung an Schulen durch eine Erhöhung des Stundenanteils bzw. eine Stärkung politischer Bildungsanteile aufzuwerten ist, droht in Nordrhein-Westfalen eine Abwertung der politischen Bildung zugunsten der ökonomischen Bildung. Die Aushöhlung politisch-demokratischen Lernens, die sich in den neuen Kernlehrplänen zeigt, ist weder wissenschaftlich begründ- noch bildungspolitisch vertretbar. Politisches Lernen zielt dabei neben Wissenserwerb auf Urteils- und Handlungsfähigkeit und orientiert sich am sozialwissenschaftlich etablierten Bildungsziel der Mündigkeit. Die Relevanz dieser Ziele unterstreicht auch die jüngste KMK-Empfehlung für politisch-demokratische Bildung. Die Forderung nach mehr politischer und gesellschaftlicher Bildung wird jedoch in den neuen Kernlehrplänen für NRW an vielen Stellen konterkariert, indem hier politisches Lernen dem ökonomischen Lernen nachgeordnet wird.

Auch ökonomisches Lernen zielt auf Entscheidungs-, Reflexions- und Handlungsfähigkeit, orientiert sich mithin an dem in der sozialwissenschaftlichen Bildung etablierten Bildungsziel der Mündigkeit. Zur Förderung solcher Lernprozesse bedürfen wirtschaftliche Phänomene und Prozesse sowie ökonomische Denkweisen und Paradigmen allerdings einer ergänzenden und einordnenden politik-, gesellschafts-, geschichts- und kulturwissenschaftlichen Perspektive. In dieser Form leistet ökonomische Bildung, eingebettet in die sozialwissenschaftliche Bildung, einen konstitutiven Beitrag zur politischen Bildung.

Die etablierte sozialwissenschaftliche Trias aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Dach der politischen Bildung wird aber in den neuen Kernlehrplänen des Landes NRW ignoriert. In ihrer derzeitigen Fassung fallen die Kernlehrpläne daher hinter den aktuellen (internationalen) Diskussionsstand in der politischen Bildung zurück. So wird politisch-demokratisches Lernen in den neuen Kernlehrplänen gegenüber dem ökonomischen Lernen als nachrangig definiert, was sich auch in der Neubezeichnung des Unterrichtsfachs „Wirtschaft-Politik“ spiegelt. Dass die Rolle der Staatsbürger/-innen gegenüber der Rolle der Wirtschaftsbürger/-innen in den neuen Curricula fast durchgängig nachgeordnet wird, ist angesichts der eingangs genannten Bildungsziele und Herausforderungen unseres Gemeinwesens weder angemessen noch legitimierbar. Dies betrifft Formulierungen wie

„ökonomische und politische Mündigkeit“, Reihungen wie „ökonomische, politische und gesellschaftliche“ Inhalte, Probleme etc., „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ als Gegenstandsbereiche der avisierten Urteils- und Handlungskompetenzen, den entsprechenden Aufbau von Abschnitten und Argumentationen sowie die einseitige und beschränkte Auswahl von Fallbeispielen für Inhaltsfelder.

Auch die Struktur der Kernlehrpläne und die Ausdifferenzierung der Handlungskompetenzen müssen aus einer politikdidaktischen Perspektive als defizitär bezeichnet werden. So etwa ist es äußerst ungünstig, dass die in den Kernlehrplänen aufgeführten Handlungskompetenzen – anders als es bei der Sach- und Urteilskompetenz der Fall ist – zumeist nicht mit den Inhaltsfeldern verknüpft werden. Damit werden die Handlungskompetenzen nicht für die Inhaltsfelder operationalisiert, was in der Unterrichtspraxis zu einer Vernachlässigung dieser Kompetenzdimension führen wird. Die Steuerungswirkung des im Kernlehrplan eingangs skizzierten Kompetenzmodells ist damit deutlich eingeschränkt. Detailliert haben wir unsere diesbezüglichen Kritikpunkte in einer mehrseitigen Stellungnahme gegenüber dem nordrhein-westfälischen Schulministerium dargelegt.

Angesichts der Herausforderungen in Politik und Gesellschaft braucht es mehr politische Bildung – und nicht weniger. Demgegenüber droht mit der Umstellung auf das Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ eine integrative politikdidaktische Perspektive und der damit verbundene multiperspektivische Kompetenzaufbau verloren zu gehen. Der Ausbau ökonomischer zu Lasten politischer Bildung spiegelt sich zudem in den auf das Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ zielenden Studiengängen, die der neuen Lehramtszugangsverordnung des Landes NRW unterliegen. So können Lehrkräfte nicht hinreichend dazu befähigt werden, die politischen Urteils- und Handlungskompetenzen der Lernenden und somit die politische Mündigkeit und Demokratiefähigkeit der angehenden Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Sprecherkreis der GPJE, im März 2021

**Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung**  
**[www.gpje.de](http://www.gpje.de)**